

Erneutes Nein zu Hähnchen-Plänen

Witinger Bauausschuss will privilegiertes Projekt in Ohrdorf nicht

VON HOLGER BODEN



Streitobjekt Hähnchenmast: Einer Erweiterung des Betriebs in Ohrdorf hat die Witinger Politik vorerst eine erneute Absage erteilt. Abzuwarten bleibt, wie die nächsten Instanzen damit umgehen. archivFoto: boden

Ohrdorf – Einen neuen Antrag für die Erweiterung der Tierhaltung der Ohre-Hähnchen Bioenergie GmbH südlich von Ohrdorf hat der Witinger Bau- und Umweltausschuss am Montagabend abgelehnt. Mit einem Patt von 4:4 fiel das Votum denkbar knapp aus.

Das Ohrdorfer Unternehmen, dem die Politik im Juni letzten Jahres mehrheitlich die Ausweisung einer Sonderfläche für Bioenergie und Masttierhaltung untersagt hatte, hat nun beantragt, die bestehende Bauleitplanung zu ändern. Eine Erweiterung der Biogasanlage sei nicht mehr vorgesehen, die bestehende Sonderbaufläche „Bioenergie“ wolle man für die landwirtschaftlich privilegierte

Tierhaltung nutzen. Eine bisher nicht bebaute Teilfläche solle daher umgewidmet werden.

Seitens der Verwaltung hieß es, aus dem Ohrdorfer Ortsrat komme nach einer entsprechenden Abfrage Zustimmung, wenngleich das Thema dort noch einmal offiziell auf die Tagesordnung müsse. Im Bauausschuss setzte sich hingegen die Diskussion entlang der noch vom letzten Jahr bekannten Argumentationslinien fort.

„Die Bauleitplanung ist kein Selbstbedienungsladen“, meinte Andrea Harms (FWG). „Welches Interesse an der Änderung hat die Allgemeinheit?“ Stadtbürgermeister Andreas Ritter, der auch letztes Jahr zu denjenigen gehörte, die dem Betrieb die Pläne ermöglichen wollen, sagte, er sehe durchaus ein öffentliches Interesse: Das Unternehmen beabsichtige Tierhaltung in einem Gebiet, das vorbelastet ist. Stimme die Stadt nicht zu, könne es sich auch eine andere Fläche für ein privilegiertes Vorhaben suchen.

Uneinigkeit in der SPD-Gruppe

Von der BA kam ein klares Nein zu dem Antrag: „Wir sind gegen Massentierhaltung, viel mehr müssen wir nicht diskutieren“, sagte Matthias Rönneberg. SPD-Fraktionschef Hans-Heinrich Koch sah das genauso: „Wir werden einer Änderung nicht zustimmen, weil wir wissen, was sich dahinter verbirgt.“

Der von Koch gebrauchte Plural sollte sich später bei der Abstimmung allerdings relativieren, als Karl-Heinz Gauert aus der SPD-Gruppe reihte sich da bei den Befürwortern des Antrags ein.

Zu denen gehörte auch Walter Schulze (Knesebeck, CDU): „Der Landwirt kann privilegiert bauen, und das ist uns an dieser Stelle lieber als anderswo in der Landschaft. Ich sehe keinen Grund, den Antrag abzulehnen.“ Unterstützung kam auch von Klaus Palluck (FWG): „Wir beschließen hier nicht, ob jemand einen Stall baut. Über die Privilegierung entscheidet der Landkreis, und wir hätten die Chance, dass das Projekt hinter den Zäunen bleibt, wenn es denn bewilligt wird.“

Rathauschef Ritter pflichtete dem bei: Aufgabe der Stadt sei es, das Ganze aus städtebaulicher Perspektive zu beurteilen. An der Diskussion zeige sich auch, dass der kürzlich gefasste Grundsatzbeschluss gegen gewerbliche Tierhaltung „zu

schwammig“ gefasst worden sei – nun fange man auch an, privilegierte Vorhaben abzulehnen.

Unternehmer äußert Unverständnis

Die anschließende Empfehlung gab der Ausschuss vorbehaltlich eines offiziellen Votums des Ohrdorfer Ortsrates ab: Beim 4:4 stimmten die CDU, Palluck und Gauert für das Projekt, während Harms, Koch, Rönneberg und der Grüne Christian Schroeder dagegen votierten.

Jürgen Heinrichs, Chef bei der Ohre-Hähnchen GmbH, kann das erneute Nein nicht verstehen: „Das ist im Prinzip eine Enteignung“, sagt er mit Blick auf die Nicht-Erlaubnis zur Nutzung der Fläche. Dem Betrieb gehe es darum, auch der nächsten Generation eine Perspektive zu bieten. Er wolle gegebenenfalls über Rechtsmittel nachdenken, zunächst aber abwarten, wie sich der Verwaltungsausschuss zu dem Votum des Bauausschusses positioniert. Ihn verwundere auch, dass die Entscheidung des Ortsrates in dieser Sache ignoriert werde.